

Zeitschrift: Horizonte : Schweizer Forschungsmagazin
Band: 24 (2012)
Heft: 93

Artikel: Eine umworbene Selbsthilfeorganisation
Autor: Fischer, Roland
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-967874>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eine umworbene Selbsthilfeorganisation

Forschung und Politik: Das ist ein mitunter schwieriges Verhältnis, wie die Geschichte des Schweizerischen Nationalfonds zeigt. Und ein fruchtbares. *Von Roland Fischer, Bild Annette Boutellier*

Man kann die Geschichte mit Zahlen beginnen: Der Schweizerische Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF) hat derzeit jährlich rund 700 Millionen Franken für die Forschungsförderung zur Verfügung. Vor sechzig Jahren, als er gegründet wurde, waren es zwei Millionen. 2500 Prozent mehr Mittel – und eine dementsprechend grössere Rechenschaftspflicht? So einfach geht die Rechnung nicht. Aber in den Zahlen steckt ein Teil des Dilemmas, das sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des SNF zieht: Ist die Stiftung einzig der Forschung, also den Geldnehmern, verpflichtet oder auch beziehungsweise vor allem der Politik, also den Geldgebern?

Die Frage führt zurück vor das Jahr 1952, als die privatrechtliche Stiftung, welche die nach Erkenntnisgewinn strebende Grundlagenforschung finanziert, gegründet wurde. In der «Prähistorie» der Forschungsförderung engagierte sich der Bund kaum. Er gönnte sich zwar nach 1848 das Polytechnikum in Zürich – heute ETHZ –, doch für die Grundlagenforschung waren ausschliesslich die Kantone zuständig. Darum stellte sich auf Bundesebene die Frage nach dem Nutzen von Forschung ohne direkte Anwendung nicht. In den 1930er Jahren begannen sich Forscherkreise für mehr Bundesmittel einzusetzen. Der Bescheid aus Bern: Dafür gibts kein Geld, man müsse einen anderen Topf suchen.

Dieser Topf wurde prompt gefunden. Während des Zweiten Weltkriegs initiierte Bern eine Arbeitsbeschaffungspolitik. Die

Forschergemeinde erhoffte sich einen Anteil an der für die damalige Zeit riesigen Summe von fünf Milliarden Franken. Das Problem: Man handelte sich eine Zweckklausel ein und damit eine Diskussion über den Nutzen der Grundlagenforschung. Die Befürworter des Projekts versuchten zwar aufzuzeigen, wie die Forschung als Arbeitsbeschaffungsmassnahme taugen könne, doch so richtig glücklich mit der Allianz wurde niemand. Zudem sträubten sich die Hochschulkantone gegen eine zentrale Forschungsorganisation. So wurde die Idee 1942 sang- und klanglos begraben.

So forsch wie erfolgreich

Als die Forschergemeinde Ende der 1940er Jahre unter der Führung des Physikers und Mediziners Alexander von Muralt zu einem neuerlichen Versuch ansetzte, entging man der finanzpolitischen Bauchlandung auf erstaunlich offensive Weise: Diskussionen um die Angemessenheit der Mittel sollten von Anfang an vermieden werden, auf welchen Nutzen auch immer bezogen. Stattdessen wurde ebenso forsch wie erfolgreich die Freiheit der Forschung behauptet. Erst wenn man Wissenschaft an keinen Zweck binde, könne sie erfolgreich sein, befand man in den Anfangsjahren des SNF – auch in der Politik.

So konnte Bundesrat Philipp Etter 1952 bei der Gründung des SNF, sozusagen einer Selbsthilfeorganisation der Forschergemeinde, feierlich verkünden: «Wenn auch der Staat die Mittel vorschiesst – die Wissenschaft soll frei bleiben und nicht eine Dienerin des Staates wer-

den! Die Freiheit ist ihr Lebenselement.» Ein Taufspruch, der nicht allzu lang Gültigkeit haben sollte. In der Folge stiegen die Beiträge für den SNF kontinuierlich an, die Anzahl der Projekteingaben auch. Noch flog man unterhalb des Radars der politischen Aufmerksamkeit. Es waren gewissermassen die unbeschwerten Kindheitsjahre des SNF, bevor der Ernst des Lebens beginnt und man sich mit den von allen Seiten gestellten Ansprüchen herumschlagen muss.

«Die Wissenschaft soll frei bleiben und nicht eine Dienerin des Staates werden!»

Bundesrat Philipp Etter, 1952

In den siebziger Jahren spürte der Nationalfonds das erste Mal Gegenwind. Die Beiträge hatten inzwischen rund hundert Millionen Franken erreicht, doch es war nicht eine überschrittene Budgetgrenze, die den SNF in den Fokus der Politik rücken liess; es war vielmehr eine logische Folge des Erfolgs. Die Grundlagenforschung war zu nützlich geworden, ihre strategische wie wirtschaftliche Bedeutung zu offensichtlich, als dass sich die Politik weiterhin um sie hätte foutieren können. Nun wollten die Parlamentarier ihr Wörtchen mitreden. Es war eine für den Nationalfonds schwierige, doch für die Schweizer Forschungslandschaft entscheidende und fruchtbare Zeit: Nun entfaltete sich überhaupt erst eine Wissenschaftspolitik.

Diese turbulenten und von der Wirtschaftskrise geprägten Jahre führten für den SNF zu einschneidenden Änderungen: Erstens musste er sich vom «Reinheitsgebot» der autonom verwalteten Grundlagenforschung verabschieden. 1975 wurden die Nationalen Forschungsprogramme

Von Forschenden, für Forschende:

Der Forschungsrat der Abteilung Geistes- und Sozialwissenschaften des SNF entscheidet über Gesuche (8. Mai 2012).

(NFP) eingeführt, deren Inhalte von der Politik bestimmt werden und die Lösungen für gesellschaftlich akute Problemfelder liefern sollen. Zweitens mündete die Wissenschaftspolitik 1984 in ein vom Volk akzeptiertes Bundesgesetz über die Forschung, das den Auftrag an den Nationalfonds festschreibt, die Forschung und den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern. Der SNF ging gestärkt aus den Diskussionen um Sinn und Zweck der Forschungsförderung hervor: Ab 1985 stiegen die Beiträge steil an, bis auf deutlich über 300 Millionen 1993.

Neue Nützlichkeitsbegehren

In den 1990er Jahren bekam es der SNF neuerlich mit «Nützlichkeitsbegehren» zu tun; das New Public Management stellte die Förderpolitik des Bundes unter das Primat des Effizienzgedankens. Ein neues Fördermittel, mit dem die Politik auch auf die Struktur des Forschungsplatzes einwirken konnte, wurde eingeführt: die Schwerpunktprogramme, die heutigen Nationalen Forschungsschwerpunkte (NFS). Heidi Diggelmann, von 1997 bis 2004 Forschungsratspräsidentin, sieht rückblickend in diesen neuerlichen Querelen um den Einfluss der Politik auf die Forschungsinhalte einen Reifungsprozess, und zwar auf beiden Seiten: «Der gegenseitige Respekt hat zugenommen, sowohl auf Seiten der Politiker wie der Forschenden.» Das SNF-Budget stieg nochmals an, aber nicht nur das: Es sieht ganz so aus, als hätte man in den vergangenen sechzig Jahren auch gelernt, konstruktiv über den Nutzen primär «unnützer» Forschung zu streiten.

Und es wird weiter gestritten werden. Für 2013 bis 2016 stehen dem SNF insgesamt 3,65 Milliarden Franken zur Verfügung, was einem Zuwachs von jährlich 3,7 Prozent entspricht. Die «Nachfrage» von Seiten der Forschenden dagegen stieg in den letzten Jahren um durchschnittlich 13 Prozent. Der SNF, der jährlich über 8000 Forschende unterstützt, braucht mehr Geld für die Forschungsförderung. ■